

kürzten Arbeitszeit sollen nach seiner Auffassung auch die „überarbeiteten“ Unternehmer kommen.

Die kapitalistische Arbeitshetze dient Schayer nur in zweiter Linie zur Begründung der Arbeitszeitverkürzung, wobei er — im Widerspruch zur wirklichen Situation — nur von einer nervlichen Belastung spricht und die körperliche Überbeanspruchung durch das gesteigerte Arbeitstempo außer acht läßt.

Natürlich reagierten die Unternehmer auf die Forderung der Gewerkschaften in ihrer Mehrzahl negativ ablehnend. Die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom 10. August 1955 veröffentlichte Ausschnitte aus einer Rede des Generaldirektors des Volkswagenwerkes, Prof. Dr. Nordhoff, in der auch zur 40-Stunden-Woche Stellung genommen wird. Nordhoff nennt dort die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit eine „ziemlich oberflächliche und demagogische Parole des Gewerkschaftsbundes“. Im Gefolge der Rationalisierung gäbe es seiner Auffassung nach drei Möglichkeiten: Preis senkung des Produkts, Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Vor- und Nachteile gegeneinander abwägend, kommt Nordhoff zu dem Schluß: „Sowohl vom Standpunkt des Arbeiters wie des Unternehmers, volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich gesehen, sollte die Preisermäßigung des Produkts am höchsten bewertet werden. Sie verbreitert den Käuferkreis, und sie ist das klassische Mittel zur Sicherung des zukünftigen Absatzes, also des Arbeitsplatzes.“

Welch „klassischer“ Unternehmerstandpunkt und zugleich welche Demagogie! Anstatt Preisermäßigungen erlebt der westdeutsche Arbeiter Preissteigerungen. Und ist er der Käufer der Autos? Keinesfalls!

Neben einer „volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen“ Argumentation hatte Nordhoff jedoch auch moralische Einwendungen gegen eine Arbeitszeitverkürzung zu machen. Er meinte nämlich,

„daß es auch ein Glück der Arbeit gibt, dessen Befriedigung unendlich viel größer ist als die des Müßigganges, und daß der Rhythmus der 6 Arbeitstage und eines Sonntags

nicht ohne Grund seit Jahrtausenden besteht“.

Gerade das wird den arbeitenden Klassen bereits „seit Jahrtausenden“ gepredigt, und immer von denen, die es sich auf dem Rücken des arbeitenden Volkes wohl sein lassen.

Auch der Bundeswirtschaftsminister wandte sich am 11. Juli 1955 in einer Rede vor der Belegschaft eines Dortmunder Industriewerkes gegen die 40-Stunden-Woche und bewies damit, daß der Staat eben auch in Westdeutschland das Machtinstrument der herrschenden Klasse ist und die Interessen der Kapitalisten vertritt: „Die 40-Stunden-Woche wird in einer überschaubaren Zukunft einmal kommen, aber in einem Augenblick, wo wir mit 48 Stunden wöchentlicher Arbeit nicht mehr auskommen, die Arbeitsmarktreserven erschöpft sind und die Bundesrepublik dabei ist, ihre Position auf dem Weltmarkt zu festigen, wäre eine solche Politik einfach Selbstmord.“¹⁾

Schon vorher hatte der Präsident des Verbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, auf der Hauptversammlung des Verbandes in Stuttgart erklärt: „Auf die Gefahr hin, sich unpopulär zu machen, muß gegenüber den Forderungen nach allgemeiner Einführung der 40-Stunden-Woche im Interesse der Arbeit, des Lebensstandes und unserer Betriebe hart geblieben werden.“²⁾

Im Überseeklub in Hamburg sagte Berg am 4. Oktober 1955:

„Die gegenwärtige konjunkturelle Lage ist meines Erachtens nicht geeignet, allgemein die Arbeitszeit zu verkürzen.“³⁾

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, alle die gegen eine Arbeitszeitverkürzung geäußerten „Bedenken“ zu widerlegen. Wir wollen nur kurz untersuchen, was hinter der Behauptung steckt, die Arbeitszeitverkürzung störe die Konjunktur, wie sie Berg zum Ausdruck brachte. Die konjunkturelle Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft seit 1850, die in einem nicht geringen Ausmaß der Vorbereitung auf die Rüstungsproduktion geschuldet

*) „Wirtschaftsspiegel“, Nr. 159 v. 12. Juli 1955

2) Unternehmerbriefe des Deutschen Industrieinstitutes Köln, Nr. 20 vom 19. Mai 1955

3) Unternehmerrbriefe ..., Nr. 40 vom 6. Oktober